



# kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Dezember 2010 - I

## Inhalt:

1. Rede des Bundespräsidenten Wulff beim GdP-Kongress in Berlin
2. GdP vor Ort bei der PAST Wattenheim.
3. Gemeinsames Seminar für Fachausschüsse –S- und –K-
4. Durchschnittsrente in Rheinland-Pfalz unter 700 Euro
5. GRÜNE beim DGB
6. Kaum Frauen in Spitzenpositionen
7. Herbstaktion des DGB in Koblenz

### 1. Rede des Bundespräsidenten Wulff beim GdP-Kongress in Berlin

„Ähnlich wie bei der eigenen Gesundheit nimmt man sie als gegeben hin und vermisst sie dann schmerzlich, wenn "etwas passiert ist". Deshalb sind Vorbeugung, Prävention und Gefahrenabwehr bedeutsam. Das ist Ihre Aufgabe, die Aufgabe der Polizei: die Gefahrenabwehr. Und mit der inneren Sicherheit schützen Sie zugleich die Freiheit unserer Gesellschaft und die jedes einzelnen Bürgers, jeder einzelnen Bürgerin. Ich möchte den Polizistinnen und Polizisten in unserem freiheitlichen Land ausdrücklich Dank sagen für ihre Pflichterfüllung und das weit darüber hinaus gehende Engagement.



Ich möchte die Gelegenheit hier nutzen, allen Polizistinnen und Polizisten und ihren Familien zu danken. Danke auch dafür, dass Ihre Gewerkschaft sich seit nunmehr 60 Jahren für die einsetzt, auf deren Einsatz unsere Gesellschaft tagtäglich vertraut.

Die Gründung der GdP als einer eigenständigen und unabhängigen Polizeigewerkschaft im Jahr 1950 war ein wichtiger Beitrag zur Festigung der Demokratie in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland. Die GdP hat darüber hinaus als kundiger Partner in Fragen der inneren Sicherheit gewirkt. Mit Ihrem Einsatz schaffen sie alle - jede und jeder an seinem bzw. ihrem Platz – die Bedingungen dafür, dass sich der Einzelne in unserem Gemeinwesen sicher fühlen und seine demokratischen Freiheiten entfalten kann. Sie sichern das Vertrauen in die Institutionen unseres Gemeinwesens und den Respekt vor seinen Regeln.“

Die gesamte Rede unter:

<http://www.bundespraesident.de/dokumente/-,2.669419/Rede/dokument.htm>



## 2. GdP vor Ort bei der PAST Wattenheim.

Nichts ist so hartnäckig wie ein Gerücht. Und weil es ein solches gab, nämlich, dass die Polizeiautobahnstation Wattenheim demnächst geschlossen werden soll, war dringender Informationsbedarf angesagt.



Viele Kolleginnen und Kollegen der PAST hatten sich Gedanken über ihre weitere Verwendung und/oder ihren „neuen“ Dienstort gemacht. Nach 15 Jahren Dienst in Ludwigshafen haben sie es endlich zur A 6 in räumlicher Nähe nach Kaiserslautern geschafft um dann, so die Gerüchteküche, zu einer anderen Dienststelle im Präsidium zurückkehren zu müssen.

**Ernst Scharbach** und **Heinz-Werner Gabler** vom Landesvorstand der GdP und **Udo Fremgen**, Vorsitzender der GdP Bezirksgruppe Rheinpfalz, gaben den Anwesenden wie gewohnt kompetent und fundiert Auskunft. Die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Überwachung des Verkehrs auf den Bundesautobahnen in Rheinland-Pfalz im Hinblick auf die örtlichen Zuständigkeiten ist, insbesondere unter Betrachtung anstehender Veränderungen, dringend an gezeigt. Projekte wie beispielsweise die Bienwaldautobahn, die die Anbindung ans französische Autobahnnetz realisieren soll, lenken Verkehrsströme um und schaffen räumliche und sächlich neue Aufgabenfelder für die Autobahnpolizeien im PP Rheinpfalz.

„Wir werden uns Veränderungen nicht verschließen und neuen Anforderungen gerecht werden. Der Schließung einer Dienststelle, ohne erkennbaren Mehrwert wird die Behörde keinesfalls zustimmen“, führte Polizeipräsident **Wolfgang Fromm** aus, der der Einladung der GdP gerne gefolgt war und den Beschäftigten nicht nur Rede und Antwort stand, sondern auch das Gefühl vermittelt, dass ihre Sorgen und Ängste zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig unbegründet sind.

Natürlich waren auch die Beförderungsrunde 2011, die Absenkung der Lebensarbeitszeit und die Personalstärke im Land weitere Themen, die die Beschäftigten der Polizeiautobahnstation Wattenheim interessierten.

Ein informativer Vormittag bei der Polizeiautobahnstation, der nicht nur von fachlichen Vorträgen, sondern auch von der schon sprichwörtlichen „Wattremer Gastlichkeit“ begleitet war.

## 3. Gemeinsames Seminar für Fachausschüsse –S- und –K-

Jede/r für seinen oder ihren Bereich ein Experte und gemeinsam für die GdP von unschätzbarem Wert. Wie jedes Jahr trafen sich im "GdP-Hotel" in Brodenbach Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen von



Schutz- und Kriminalpolizei zum Erfahrungsaustausch und zur Bewertung anstehender Fortschreibungen der Aufbau- und Ablauforganisation der Kriminalitätsbekämpfung.



Einige "Optimierungsvorschläge" hielten die Kolleginnen und Kollegen für nicht hinreichend sinnvoll, verstehbar und handhabbar und empfahlen dem Hauptpersonalrat deren Ablehnung, so beispielsweise die landeseinheitliche Regelung zur Bearbeitung von BTM-Delikten, die im Zusammenhang mit Verkehrsdelikten zur Bearbeitung anstehen. Mittlerweile hat allerdings der Hauptpersonalrat Polizei dem Paket aus Organisationsvorschrift (OrgPol), Rundschreiben über die Zuständigkeit der Dienststellen in den Polizeipräsidien und der Handlungsempfehlung des Landeskriminalamtes zur Bearbeitung von BTM/Verkehrsdelikte zugestimmt. Bestandteil der Zustimmung wurde in den Gesprächen mit dem ISM ein interpretierendes Anschreiben des ISM an die Behörden und Einrichtungen. **Bernd Becker** war für den HPRP in der entsprechenden Arbeitsgruppe: *"Eine sehr vielfältige Gemengelage aus vollkommen problemlosen Weiterentwicklungen, Regierungshandeln und Mitbestimmungsangelegenheiten. Wir hoffen als Hauptpersonalrat, dass die Präsidien erkennen, an welchen Stellen landeseinheitliche Verfahrensweisen gut sind und wo die Phänomene, die Geografie und die Personallage vor Ort die entscheidenden Kriterien sind"*. Als Beispiel für eine möglichst einheitliche Aufgabenwahrnehmung nennt der HPRP die sachliche Zuständigkeit des Gemeinsamen Sachgebietes Jugend, während die Schnittstelle zwischen PI und KI bei der Bearbeitung von BTM-Delikten eher von regionalen und örtlichen Kriterien abhängig sei.

#### 4. Durchschnittsrente in Rheinland-Pfalz unter 700 Euro

Die Anhebung des Rentenalters auf 67 wird für viele Menschen auf eine drastische Rentenkürzung hinauslaufen. Betroffen sind insbesondere Arbeitslose ab 55 Jahren. Allein in Rheinland-Pfalz sind derzeit über 19.000 ArbeitnehmerInnen über 55 Jahren arbeitslos. Seit 2007 ist dies eine Steigerung um 35%.

Fakt ist: Die Zahl der älteren Arbeitslosen steigt seit Jahren. Nicht einmal 10% der Beschäftigten können derzeit bis zur Regelaltersgrenze von 65 Jahren in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung arbeiten, so Muscheid (DGB RLP).

„Die Einen haben auf Grund ihres geringen Einkommens nur eine geringe Rente zu erwarten und die Anderen werden auf Grund ihrer hohen körperlichen und psychischen Belastung nicht bis 67 Jahre arbeiten können.“ Margarethe Relet, stellvertretende GdP-Landesvorsitzende: „Die Rente mit 67 ist ein Irrweg, sie produziert Armut und spaltet die Gesellschaft, mit fatalen Folgen.“

#### 5. GRÜNE beim DGB

Natürlich aus Anlass der Landtagswahl am 27. März 2011, aber auch zur Diskussion aktueller Themen trafen sich Vertreter der Grünen und des DGB in Mainz. GdP Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** stellte die aktuelle Krise der



öffentlichen Finanzen zur Diskussion. Dem Reichtum von wenigen Privaten s tehe inzwischen die Verarmung der öffentli chen Hand entgegen. Die von den DGB-Gewerkschaften kritisierte Schuldenbremse werde in den komm enden Jahren zum Chaos bei der Finanzierung der öffe ntlichen Dienstleistungen führen. Di e Grünen hätten in ihrer Regierungszeit mit Kanzler Schröder die neolibérale Politik mitgetragen, was vielen Menschen die hier und da zelebrierte Staatsferne der Grünen vor Augen geführt habe.



Ulrich Steinbach, Bernhard Braun, Anne Spiegel, Ernst Scharbach (GdP), Evelyn Lemke, Dietmar Muscheid (DGB), Armin Schild (IG Metall) Klaus Peter Hammer (GEW), Daniel Köbler, (nicht im Bild: Ralf Sikorsky, IG BCE)

Ernst Scharbach: „Die nächsten Jahre werden für niemanden, egal wer die Regierung führt, vergnügungssteuerpflichtig. Wie positionieren sich dazu die Grünen in Rheinland-Pfalz?“

**Armin Schild, IG Metall**, fragte nach der Position der Grünen bei der Rente mit 67 und der Industriepolitik allgem ein. **GEW-Vorsitzender Klaus Hammer** thematisierte die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz.

Die Grünen verwiesen auf ih r frisch „ein stimmig“ (Das ist für die Grünen nicht selbstverständlich, so Evelyn Lemke) verabschiedetes Wahlprogramm. Der Neoliberalismus habe in den vergangenen Jahren eindeutig seine Schwächen gezeigt. Das hätten auch viele Grüne auf der B undesebene gelernt. Öffentliche Dienstleistungen seien ohne Zweifel notwendig. Allerdings träten die Grünen auch für eine öffentliche Diskussion ein, was von den Bürgerinnen und Bürgern als „notwendig“ anerkannt werde. Jedenfalls hätten der Staat und die Kommunen ein Einnahmeproblem. Die Grünen verwiesen auf ihre Vorschläge zur stärkeren Besteuerung von hohem Vermögen und Erbschaften. Die Besteuerung von Arbeit sei zu hoch – die von Kapitaleinkommen zu niedrig. Die Rente mit 67 sei auf dem Bundesparteitag umfassend diskutiert worden. Individuelle Lösungen seien wohl besser als starre Grenzen. Die Bildungspolitik sei der Schwerpunkt der Grünen, wie sich auch dem Programm entnehmen lasse.

**Evelyn Lemke** warnte: „Die ökologische Krise und die soziale Krise führen erkennbar zu einer Krise der Demokratie. Dem müssen wir gemeinsam entgegen-treten!“

DGB-Vorsitzender **Dietmar Muscheid** regte an, die Diskussionen besonders zur regionalen Struktur- und Wirtschaftspolitik mit Fachleuten unter Einbindung von Betriebsräten fortzuführen.

Die GdP trifft sich mit den Fachleuten der Grünen noch im Dezember zum Thema Innere Sicherheit. Das nächste Treffen mit dem DGB ist für Februar vereinbart.



### 6. Kaum Frauen in Spitzenpositionen



Deutschland und Indien teilen sich den letzten Platz von elf wichtigen Industrie- und Schwellenländern, was den Anteil von Frauen auf Vorstandsebene angeht.

Ganze zwei Prozent der Vorstände sind in der BRD weiblich. Spitzenreiter ist Schweden mit 17 Prozent.

[Quelle: Studie McKinsey, zitiert aus "Der Spiegel" 48/2010.]

Foto: Steffi Loth, Vorsitzende der GdP-Frauengruppe RLP

### 7. Herbstaktion des DGB in Koblenz



An der Aktion „Heißer Herbst“ des DGB in Koblenz nahm auch eine Delegation der GdP teil. Unter dem Motto: „Gerechtigkeit ist et was anderes – wir brauchen einen Kurswechsel!“ riefen Dietmar Muscheid und Vertreter der DGB-Regionen Koblenz zu einem Um-

denken im Sozialsystem auf. Auf den Schultern der kleinen Leute werde die Finanz- und Wirtschaftskrise abgeladen. Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen, Einschnitte in öffentliche Daseinsvorsorge und Bildungssystem verschlechtern die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Statt guter und vor allem gerecht bezahlter Arbeit droht der Schutz der arbeitenden Menschen verloren zu gehen. Deshalb kämpfen die Gewerkschaften für gute Arbeit, für ein gutes Auskommen im Alter, ein solidarisches Gesundheitssystem sowie für qualifizierte Bildung und Ausbildung.



Neu bei uns:  
Exklusiv für GdP-Mitglieder  
Funktionsbekleidung der Fa. Mattis.

Link: Siehe Kasten

#### Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

#### Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!

PSW 06131/96009-23 oder -31

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG [www.pvag.de/](http://www.pvag.de/)

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte [www.schwitzkasten.de](http://www.schwitzkasten.de)

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: [www.autoservice-gessner.de](http://www.autoservice-gessner.de)

Funktionsbekleidung unter <http://gdp.mattis-shop.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)